Monatsspiegel

Mai 2021

SPD Erlangen

Adressaufkleber

Solidarität ist Zukunft - 1. Mai 2021

Wolfgang Niclas,
DGB-Kreisvorsitzender
Erlangen/Erlangen-Höchstadt

Die junge, an Corona erkrankte Kollegin, die nach wochenlangem Krankenhausaufenthalt freiwillig als Stationsassistentin ins Krankenhaus zurückkehrte, „um dem Stationspersonal etwas zurückzugeben“, ist nur eines von vielen Beispielen für Solidarität in dieser fürchterlichen Corona-Zeit. Nachbarschaftshilfe für Ältere, Beutel mit Lebensmitteln für Obdachlose, mitbestimmte betriebliche Arbeitszeitmodelle zur gleichmäßigen Verteilung der Arbeitsbelastung, kollegiale Unterstützung im Home-Office oder die Bereitschaft tausender Krisenhelfer*innen, die weit über Arbeitszeitkonten hinaus, oder ehrenamtlich, die Pandemie bekämpften – die Pandemie hat zu einer Welle der Solidarität geführt. Das konnten wir auch in Erlangen erleben. Wenn heute auch häufig Querdenker*innen und Rechtspopulist*innen die Bilder in den Medien bestimmen:
Sie sind wenige im Vergleich zu den Millionen, die sich zusammengetan haben, um die Schwachen zu schützen. Nicht nur in Deutschland, sondern in vielen Ländern der Welt. Solidarität ist der Baustoff für einen Weg aus der Krise in eine bessere Zukunft.

Das gilt auch für andere große Herausforderungen unserer Gesellschaft. Diese sind zum einen die Digitalisierung der Industrie mit einem gewaltigen Strukturwandel der Arbeitswelt. Aber auch die ungeregelte Globalisierung von Handel und Finanzen mit einer Unterordnung der Realwirtschaft unter die Interessen der Finanzwelt sind zu erwarten. Schlussendlich führt die Spaltung der Lebenswelten zwischen Menschen mit sehr hohen Einkommen und Vermögen und Menschen, die um ihre Teilhabe an der Gesellschaft kämpfen, zu Spannungen in unserem Land. Als wären das nicht schon genug Herausforderungen, bedroht der Klimawandel unsere existentiellen Grundlagen. Ohne gelebte Solidarität sind diese Herausforderungen nicht zu bewältigen.

Solidarität ist Zukunft – auch in jedem einzelnen Betrieb. Kurzarbeit, Personalabbau, manchmal Insolvenz – eine Haltung des „es wird mich schon nicht treffen“ führt bestenfalls zur Verschiebung des Problems und zur weiteren Spaltung in Gewinner und Verlierer. Nur ein solidarischer Weg aus den verschiedenen Krisen wird zu nachhaltigen Lösungen führen. Dazu gehört auch die Geltung von Tarifverträgen für alle Betriebe einer Branche. Ein Schritt in diese Richtung ist die Vergabe öffentlicher Aufträge nur an tarifgebundene Betriebe. Dafür werden wir uns 2021 unter anderem einsetzen. Ein solidarischer Weg ist aber nur mit der Beteiligung Aller durchsetzbar.

Fortsetzung auf Seite 3

05.05.	19:30	AK gegen Rechts	meet.spd.tools	S. 12
11.05.		Jusos: Sitzung		S. 23
11.05.	19:30	Distrikt Frauenaurach: Distriktversammlung	Skype	S. 22
12.05.	19:00	Distrikt Tennenlohe: DIstriktversammlung	Jitsi	S. 20
17.05.	17:00	Digitale Sprechstunde d. Stadtratsfraktion		S. 10
18.05.	20:00	Diskussionsveranstaltung „Gleichstellung“		S. 4
19.05.		Redaktionsschluss Monatsspiegel		
19.05.	20:00	Distrikt West: Distriktversammlung	webex	S. 21
20.05.	20:00	Kreisvorstand	webex	
25.05.		Jusos: Sitzung		S. 23
26.05.	19:30	AK Sozialökologische Transformation	meet.spd.tools	S.23
17.06.	20:00	Juni-KMV	webex	
09.06.	20:00	Distrikt Süd: Distriktversammlung	Jitsi	S. 21

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
Vorsitzender: Dieter Rosner
Geschäftsführer: Christian Wonnerth
Friedrich-List-Straße 5,
91054 Erlangen
Telefon: 09131-8126522
Fax: 09131-8126513
E-Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: www.spd-erlangen.de
Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
IBAN DE82 7635 0000 0000 0120 05

Bürozeiten:
Montag 12:00 bis 16:00 Uhr
Dienstag bis
Freitag 08:00 bis 11:30 Uhr
sowie nach Terminvereinbarung

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Vorsitzende: Barbara Pfister
Geschäftsführerin:
Katja Rabold-Knitter
Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Telefon: 09131-86-2225
E-Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
Internet:www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten:
Montag 09:00 bis 13:00 Uhr
Dienstag 09:00 bis 16:00 Uhr
Mittwoch geschlossen
Donnerstag 09:00 bis 16:00 Uhr
Freitag geschlossen

Impressum

Herausgeber
SPD-Kreisverband Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit: Katharina Ullmann (ku, presserechtlich Verantwortliche, Anschrift wie oben), Silvia Schäfer, Sandra Radue (sr), Philipp Dees, Christian Wonnerth

Mitarbeit bei dieser Ausgabe:
Monika Fath-Kelling, Claudia Butt, Redaktion Rathaustelegramm, Wolfgang Niclas, Martina Stamm-Fibich, Munib Agha, Katrin Hurle, Volker Lang, Nils Dörrer

Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

Nur gemeinsam, mit allen Kolleginnen und Kollegen aus den Gewerkschaften, werden wir die anstehenden Herausforderungen in Deutschland meistern. Es betrifft uns alle – durch alle Branchen und Unternehmen. Wir müssen mitgestalten und wir sind solidarisch.

DESHALB SEI AM 1. MAI DABEI!
Nur mit SOLIDARITÄT können wir unsere ZUKUNFT gestalten.

Jahreshauptversammlung frühestens im Juli

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir hatten vor einigen Monaten anvisiert, die Jahreshauptversammlung mit Neuwahl eunseres Vorstands im Mai abzuhalten, wenn es die Corona-Situation erlaubt. Wie ihr alle wisst, hat diese sich aber ungünstig entwickelt.

Deshalb haben wir im geschäftsführenden Vorstand beschlossen, die Jahreshauptversammlung weiter zu verschieben. Der früheste Termin, der möglich erscheint, wäre der 15. Juli. Ob wir dann zur Jahreshauptversammlung einladen können, werden wir im Juni entscheiden.

Wir haben auch diskutiert, ob eine Online-Jahreshauptversammlung eine alternative sein könnte. Es ist aber ein hoher Aufwand, eine sichere und vertrauliche Wahl zu ermöglichen, und die vorgeschriebene Bestätigung der Online-Ergebnisse durch eine Briefwahl ist bei einer Mitgliederversammlung - anders als bei Delegierten - schwer durchzuführen. Deshalb haben wir uns dagegen entschieden.

Philipp Dees Sandra Radue

Lebhafte Diskussionsrunde zum geplanten neuen bayerischen Hochschulgesetz

Von Katrin Hurle

Unter dem Motto *„Bayerns Hochschulen: Nur noch Zulieferer für die Wirtschaft“* diskutierte die Erlanger SPD gemeinsam mit MdL Christian Flisek (Hochschulpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion) und Richard Schmidt (Juso-Hochschulgruppen Bayern) im Rahmen einer öffentlichen, digitalen Kreismitgliederversammlung zum geplanten neuen bayerischen Hochschulgesetz. Die SPD-Stadträtin Aydan Eda Şimşek, die durch ihr intensives Engagement in der Hochschulpolitik sehr viel Fachkompetenz in der Thematik besitzt, führt als Moderatorin souverän durch die Veranstaltung.

Die beiden Referenten führen zunächst in die Thematik ein und äußern dabei aus ihrer Perspektive einige Kritikpunkte an dem geplanten Gesetz, welches unter dem Titel „Hochschulinnovationsgesetz“ läuft. So soll unter dem Schlagwort „Entfesselung der Hochschulen“ eine maximale Deregulierung erfolgen, von staatlicher Seite soll es für die interne Organisation der Hochschulen keine konkreten Vorgaben mehr geben. Derartige Vorgaben wären aus Sicht beider Referenten jedoch sehr wichtig, um eine ausreichende demokratische Mitbestimmung aller Statusgruppen an der Hochschule zu gewährleisten. Andernfalls ist z.B. eine Einschränkung der Mitspracherechte von Studierendenvertretungen zu befürchten, wenn diese zu unbequem werden sollten. Dabei ist die Beteiligung der Studierenden aktuell schon suboptimal, wie Richard

Fortsetzung auf Seite 5

Leistungsklasse - Wie Frauen uns ungedankt und unerkannt durch alle Krisen tragen

Eine Diskussion mit Veronika Bohrn Mena und Martina Stamm-Fibich

Frauen halten unsere Gesellschaft am Laufen, sie tragen unsere Gesellschaft. Sie bilden das Fundament unserer Wirtschaft - oftmals ungedankt und vielfach unerkannt. Mit ihrem zweiten Buch möchte Veronika Bohrn Mena einen Beitrag zu einer breiten, lauten und fortschrittlichen Debatte über die dringend notwendige Umverteilung von Zeit, Geld, und Arbeit leisten. Wie in ihrem ersten Buch „Die neue ArbeiterInnenklasse“ stehen auch dieses Mal wieder die Menschen im Vordergrund, denen sie auf eine einzigartige Weise eine Stimme verleiht.

Am Dienstag, 18. Mai, 20 Uhr diskutiert Martina Stamm-Fibich mit der Autorin über die Thesen ihres Buches. Moderiert wird die Diskussion von Munib Agha.

Mehr Infos zur Veranstaltung findest du unter:
www.spd-erlangen.de/leistungsklasse

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Mai Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!

02.05. Silvia Schäfer
65 Jahre

03.05. Herbert Micheler
74 Jahre

03.05. Soraya Löwe
65 Jahre

08.05. Günter Braun
82 Jahre

12.05. Felix Wosnitzka
78 Jahre

12.05. Dr. Michael Stoisiek
75 Jahre

15.05. Wilhelm Horn
74 Jahre

16.05. Gudrun Mühlhofer
70 Jahre

17.05. Ute Preuß
81 Jahre

17.05. Wiebke Schmielau
72 Jahre

25.05. Rohland Opfermann
71 Jahre

26.05. Elli Pöschl
83 Jahre

26.05. Heide Mattischeck
82 Jahre

27.05. Hannelore Stahlschmidt
75 Jahre

27.05. Karin Sichel
79 Jahre

27.05. Lüer Rietzsch
74 Jahre

Schmidt am Beispiel der Einführung der digitalen Hochschulwahlen in diesem Jahr erläutert.

Zu den bisherigen zentralen Aufgaben der Universitäten - Forschung und Lehre - soll der Transfer in Gesellschaft und Wirtschaft kommen. Statt Zweckfreiheit der Forschung ist also künftig eine starke Orientierung an der wirtschaftlichen Verwertbarkeit möglicher Forschungsergebnisse zu befürchten. Laut Christian Flisek sollte dieser Transfer jedoch nicht auf Augenhöhe mit Forschung und Lehre stehen. Weiterhin sind Geldzuweisungen in Form von „Globalbudgets“ angedacht, über deren Verteilung die Hochschulen selbst entscheiden sollen. Hiermit wird jedoch in erster Linie die Verantwortung für die unzureichende Grundfinanzierung der Hochschulen durch den Freistaat an die Hochschulen selbst übertragen.
Im Rahmen eines „Globaldeputats“ sollen Professor*innen schon bei der Berufung komplett von der Lehre entbunden werden. Dies sei abzulehnen, da aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse immer direkt in die Lehre mit einfließen sollten.

Zudem hatte das Gesetz aus Sicht von Flisek von Anfang an einen Geburtsfehler, da es von Ministerpräsident Söder erstmals in Zusammenhang mit der Hightech-Agenda erwähnt worden war – davon sollte es aber entkoppelt werden. Zudem beklagt er die unzureichende Beteiligung des Landtags, da ein erstes Eckpunktepapier zunächst nur an ausgewählte Sachverständige ging. Im Oktober 2020 ging dann ein zweites Papier an die Öffentlichkeit, welches den Duktus der „Unternehmerischen Hochschule“ trägt. Einige Aspekte, die aus Fliseks Sicht wichtig wären, fehlen in dem Papier: Mitbestimmung, Gleichstellung sowie eine sozial-ökologische Nachhaltigkeitsstrategie. Dies würde jedoch aus seiner Sicht wirkliche Innovation bedeuten.

Was ist aus Sicht der Referenten nun zu tun? Die SPD-Landtagsfraktion wird den Prozess konstruktiv-kritisch begleiten und drängt zudem auf eine Entschleunigung, anstatt das Gesetz wie von Staatsminister Sibler geplant noch vor der Sommerpause durch das Parlament zu peitschen. Sobald der konkrete Gesetzesentwurf vorliegt, wird die SPD-Landtagsfraktion zu einzelnen störenden Punkten konkrete Änderungsanträge einbringen. Weiterhin ist im Mai eine Konferenz mit allen Beteiligten / Statusgruppen geplant, welche durch regionale Konferenzen ergänzt wird. Als sehr wichtig erachtet Flisek zudem die außerparlamentarische Mobilisierung und Sensibilisierung der Betroffenen, in Kooperation mit den Juso-Hochschulgruppen. Richard Schmidt weist auf ein Positionspapier der Juso-Hochschulgruppen Bayern mit dem Titel *„True Innovation – Ein Gegenentwurf für ein echtes Hochschul-Innovations-Gesetz“* sowie ein Positionspapier des Studentischen Konvents der FAU Erlangen-Nürnberg hin.

Im Anschluss entwickelt sich eine rege Diskussion. So wird angeregt, dass die SPD mit klaren Positionen zu ihrer Vorstellung von Hochschulentwicklung an die Öffentlichkeit gehen muss. Hierbei sollte eine Botschaft in den Vordergrund gestellt werden: Das geplante Gesetz würde eine vollständige Privatisierung der Hochschulbildung bedeuten, was aus sozialdemokratischer Perspektive klar abgelehnt werden muss. Zudem kommt der Vorschlag nach einer Themenwerkstatt innerhalb der Bayern-SPD auf, die sozialdemokratische Vorstellungen zur Gestaltung der Hochschullandschaft erarbeiten soll.

Es wird erwähnt, dass die Kritik am Hochschulgesetz nicht nur aus den Reihen der Studierenden kommt, sondern quer durch alle Statusgruppen an den Hochschulen geht. So gibt es auch einen Offenen Brief der bayerischen Professorinnen und Professoren mit deutlicher Kritik zur geplanten Hochschulreform.

Es werden noch mehrere aktuelle Missstände an den Hochschulen angesprochen: Die teils unzureichende Betreuung von Promovierenden, welche teilweise zu einer hohen psychischen Belastung der betroffenen Promovierenden führt, sowie die teils prekären Beschäftigungsverhältnisse (Befristung, Lehrbeauftragte ohne Absicherung...). Antworten auf diese Probleme finden sich in dem Eckpunktepapier nicht. Wichtig wären jedoch eine Garantie zum Abschluss der Promotion sowie gute Betreuungsverhältnisse.

Zudem wurde es als Problem erkannt, dass Hochschulen zwar gesellschaftliche Prozesse starten, allerdings nur eine homogene Gruppe (Personen mit naturgemäß hohem Bildungsniveau sowie meist aus gehobenen sozialen Schichten) an den Hochschulen vertreten sind. Andere gesellschaftliche Gruppen müssten hier stärker in den Fokus genommen werden. Hier könnte der Hochschulrat eine Rolle spielen, in dem jetzt bereits „externer Sachverstand“ eingebunden ist. Derzeit handelt es sich hierbei meist einseitig um Wirtschaftsvertreter*innen - eine Einbeziehung von Sozialverbänden und Gewerkschaften wäre hier sinnvoll. Weiterhin ist ein gerechteres Bildungssystem erforderlich, um Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft den Zugang zu den Hochschulen zu ermöglichen. Wissenschaftskommunikation muss alle Bürger*innen erreichen – dies zeigt sich gerade jetzt in Zeiten der Pandemie.

Außerdem kommt der teils marode bauliche Zustand der Universitäten zur Sprache: In manchen Gebäuden kann einem im wahrsten Sinne des Wortes die Decke auf den Kopf fallen. Flisek verweist hierbei auf den hohen Sanierungsstau. Bauprojekte dauern zudem lange, weil das nötige Geld nur in Raten kommt. Das Eckpunktepapier sieht vor, dass Universitäten künftig die Bauherrenschaft haben sollen. Dies funktioniert jedoch nur, wenn dann auch entsprechendes Personal hierfür vorhanden ist. Deshalb zweifelt Flisek daran, dass dies die optimale Lösung für die bestehenden Probleme ist.

Weiterhin wird ein Verbot von Nebentätigkeiten für Professor*innen sowie eine Limitierung ihrer Beteiligung an Unternehmen gefordert. Flisek erklärt, dass hier zunächst sanktionierte Transparenzregelungen für Klarheit sorgen sollten.

Im Fazit ist für die SPD nun die intensive Begleitung des Prozesses zur Änderung des Hochschulgesetzes entscheidend: Sowohl parlamentarisch als auch durch öffentlichen Druck. Der Name „Hochschul-Innovationsgesetz“ muss hierbei ernst genommen werden und echte Innovationen aus sozialdemokratischer Sicht beinhalten.

Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Juni 2021
19. Mai 2021

Arbeit, von der wir leben können

Gelungene Diskussionsveranstaltung mit MdB Martina Stamm-Fibich und Bestseller-Autorin Julia Friedrichs

Von Katrin Hurle & Volker Lang

Unter dem Titel „**Arbeiter*innenklasse: Wie schaffen wir eine lebenswerte Zukunft?“** lud der SPD-Kreisverband Erlangen zu einer öffentlichen Online-Diskussionsveranstaltung mit MdB Martina Stamm-Fibich und Bestseller-Autorin Julia Friedrichs. Volker Lang führt als Moderator souverän durch den Abend.

In ihrem Eingangsstatement verweist Martina Stamm-Fibich auf ihren eigenen biographischen Hintergrund: Sie stammt selbst aus einer Arbeiterfamilie, schaffte jedoch den Aufstieg über ihre Ausbildung zur Rechtsanwaltsfachangestellten. Ab 1989 arbeitete sie im Bereich Healthcare bei der Firma Siemens, wo sie zuletzt freigestellte Betriebsrätin war. Seit 2013 sitzt sie für die SPD im Bundestag. Derartige Aufstiegskarrieren sind ihrer Einschätzung nach in der heutigen Zeit leider nicht mehr ohne weiteres möglich. In ihrer Zeit als Abgeordnete erlebte sie Andrea Nahles als engagierte Bundesarbeitsministerin, die das Weißbuch „Arbeiten 4.0“ auf den Weg brachte. In diesem wurde bereits auf die Herausforderungen durch den stattfindenden Wandel in der Arbeitswelt, beispielsweise durch die Digitalisierung, eingegangen. In den letzten vier Jahren konnten einige wichtige Punkte in der Regierungskoalition durchgesetzt werden, unter anderem die Mindestvergütung für Azubis sowie eine teilweise Verbesserung der Löhne im Pflegebereich. Allerdings sind aus Martina Stamm-Fibichs Sicht noch wichtige Punkte offen, wie eine Anhebung des Mindestlohns sowie die Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zu einer echten Arbeitsversicherung.

Im Anschluss berichtet Julia Friedrichs über ihr aktuelles Buch **„Working Class – Warum wir Arbeit brauchen, von der wir leben können“**. Schon in mehreren vorherigen Werken hatte sie die Ungleichheit von Vermögen und Chancen thematisiert, unter anderem “Wir Erben - Was Geld mit Menschen macht”. In ihrem aktuellen Buch möchte sie sich nun denen widmen, die „nicht erben“. So beginnt sie ihren Vortrag mit der Lesung aus dem Prolog des Buches: Der Riss der Achillessehne eines Profi-Fußballers dient hier als Analogie für den Riss des Bandes, welches die Gesellschaft zusammenhält.

Für das Werk hatte Julia Friedrichs Menschen, die der modernen Arbeiter*innenklasse angehören, über ein Jahr lang begleitet. Sait arbeitet als Reinigungskraft für U-Bahnhöfe in Berlin. Er ist jedoch nicht direkt bei der BVG, sondern bei einem Subunternehmen beschäftigt. Da sein Gehalt nicht zum Ernähren einer Familie reichte, musste er längere Zeit aufstocken, was seinen Stolz verletzte. Bei seinem Vater, der zur Einwanderergeneration gehörte, war dies noch leichter: Er konnte allein! die Familie ernähren, während Saits Frau auch arbeiten muss. Alexandra und Richard sind Musikschullehrer*innen auf Honorarbasis. Dies bedeutet, dass sie z.B. im Krankheitsfall keine Absicherung haben. Obwohl beide auf dem Papier eine hohe Ausbildung haben, ist ihre Situation prekär. Die derzeitige Pandemielage, in der viele Kund*innen ihre Buchungen reduzieren, hat die Lage weiter verschärft, da die beiden die dadurch wegfallenden Einnahmen finanziell nicht kompensieren können. Christian ist Mitarbeiter in der Konsumforschung. In seiner Firma gibt es keine betriebliche Mitbestimmung. Das anfängliche Versprechen, dass alle im Betrieb eine harmonische Familie sind, bewahrheitet sich leider nicht. Als dann noch seine Aufgaben reduziert werden, macht ihm das schwer zu schaffen. Alle dargestellten Personen eint, dass sie kein relevantes Vermögen besitzen. Zudem waren ihre Arbeitsbedingungen in Ordnung, als sie angefangen haben, jedoch war ihnen der Aufstieg verwehrt. Sie gehören somit dem an, was man heutzutage unter der „Working Class“ versteht – anders als vor 100 Jahren, als diejenigen gemeint waren, die beispielsweise am Fließband oder unter Tage schufteten.

In dem Buch dienen die 80er Jahre in Westdeutschland als Referenzjahrzehnt zum Vergleich mit der heutigen Situation. Julia Friedrichs untermalt dies mit der Lesung eines Ausschnitts, der auf die Fernsehserie „Lindenstraße“ verweist, wo die damalige Lebensrealität gezeigt wird. Zu diesen Zeiten hatte das Modell „ein Einkommen pro Familie“ noch funktioniert: Der Mann brachte das Geld nach Hause, das ausreichend war, um die Familie zu ernähren. Die Frau kümmerte sich um Kinder und Haushalt.

Dann kam es zum Wendepunkt: Deregulierung führe zu einer nachteiligen Entwicklung, gerade im unteren Bereich stagnierte der Lohnanstieg. Die Finanzwirtschaft entkoppelte sich zunehmend von der Realwirtschaft, aktuell ist sie viermal so groß wie diese. Zusammenfassend lässt sich sagen:
Arbeit hat verloren, Kapital gewonnen. Die Inflation der Bildungsabschlüsse führte dazu, dass ein Abitur kein Garant mehr für den Aufstieg war. Zudem resultierte die Explosion der Immobilienpreise, vor allem in größeren Städten, in steigenden Lebenshaltungskosten. Während beruflicher Aufstieg bis weit in die 80er noch der Normalfall war, übertrifft von denen, die in den 80ern geboren sind, nur noch die Hälfte ihre Eltern wirtschaftlich. Es erfolgte ein Bruch mit dem Versprechen, dass die soziale Marktwirtschaft ein gutes Leben bietet. Das Vorhandensein von Vermögen in der Familie ist heute ein großer Startvorteil und entscheidender als die eigene Anstrengung. Die Struktur sehr hoher Vermögen bei relativ niedrigen Löhnen in Deutschland ist im internationalen Vergleich herausragend und wird sogar vom Internationalen Währungsfonds als ungesund beschrieben. Deshalb wäre es sehr wichtig, große Vermögen und Erbschaften steuerlich stärker zu belasten sowie Einkommen zu entlasten. Ziel muss es sein, den Bildungserfolg von der Herkunft zu entkoppeln.

Julia Friedrichs skizziert weitere Lösungsansätze: Ein höherer Mindestlohn, mehr Tarifverträge, soziale Erbschaften, Mietkauf. Statt dem Vergangenen (80er Jahre) nachzutrauern, sollte etwas Neues geschaffen werden - zumal das Modell „ein Einkommen pro Familie“ aus gleichstellungspolitischer Perspektive für die heutige Zeit keineswegs erstrebenswert ist. Nicht das Spiel (die soziale Marktwirtschaft) ist aus ihrer Sicht das Problem, sondern die Regeln, die bildlich gesprochen manchen erlauben, öfter zu würfeln als andere. Diejenigen, die viel besitzen, müssen daher bescheidener werden. Martina Stamm-Fibich verweist darauf, dass es mit dem aktuell gültigen Mindestlohn noch nicht möglich ist, sich Vermögen aufzubauen. Wichtige Schritte wären also ein höherer Lohn in der Breite – eine Anhebung des Mindestlohns soll hier helfen, um das Lohnniveau insgesamt anzuheben.

Im Anschluss an den Vortrag entwickelt sich eine rege Diskussion mit dem Publikum. Es wird angeregt, ein stärkeres Bewusstsein zu schaffen für den vorhandenen Reichtum. Vor allem ist Aufklärung nötig, damit die Menschen sich selbst finanziell besser einordnen können. Wohlhabende schätzen sich selbst nämlich oft zu niedrig ein (siehe Friedrich Merz, der sich zur „gehobenen Mittelschicht“ zugehörig fühlt). Durch ein gestärktes Bewusstsein sollen Wohlhabende dazu angeregt werden, aus eigenem Antrieb die Gesellschaft unterstützen zu wollen. Außerdem kommt die Bedeutung der Gewerkschaften zur Sprache, von denen sich viele prekär Beschäftigte nicht angesprochen fühlen. Als Ursache hierfür wird ihre zu starke Fokussierung auf die Kernbelegschaft gesehen, zudem lässt sich oft eine Entsolidarisierung innerhalb der Belegschaft beobachten. Vor allem Menschen, die sehr leicht zu ersetzen sind, schrecken auch aus Angst um den Arbeitsplatz vor gewerkschaftlichem Engagement zurück. Ein Beitrag zur Stärkung der Gewerkschaften könnte durch eine Tarifbindung bei öffentlichen Aufträgen erzielt werden.

Zudem wird die Frage aufgeworfen, wie sich eine radikale Veränderung der Vermögensverteilung politisch durchsetzen lässt. Es ist klar, dass dies mit der Großen Koalition nicht möglich ist und daher andere politische Mehrheiten erforderlich sind. Dabei stellt sich die Frage, wie die Sozialdemokratie wieder glaubwürdiger werden kann – denn leider haben sich einige Angehörige der modernen „Working Class“ nicht nur von den Gewerkschaften, sondern auch von der SPD abgewendet. Hier findet sich keine abschließende Antwort, allerdings kann ein starkes Eintreten für eine Politik, die tatsächlich der „Working Class“ zugutekommt, sicher einen Beitrag leisten.

Weiterhin wird diskutiert, ob die Finanzmärkte zurechtgestutzt werden müssen, oder ob mehr Menschen die Teilnahme ermöglicht werden muss. Staatsfonds wären hier eine Möglichkeit. Dabei betont Julia Friedrichs noch einmal, dass eigene finanzielle Rücklagen sehr entscheidend sind. Nur diese ermöglichen es, gewisse Risiken einzugehen. Es muss verhindert werden, dass Menschen bei Krisen wie zum Beispiel der aktuellen Pandemielage sofort in die Grundsicherung fallen. Dies kann beispielsweise durch ein Bürgergeld erfolgen. Ein wichtiger Aspekt, der stärker öffentlich thematisiert werden sollte, ist zudem, dass ein großer Teil der SGB2-Bezieher*innen in Teilzeit oder sogar in Vollzeit arbeitet und somit nicht arbeitslos ist.

Darüber hinaus wird ein weiteres Ungleichgewicht angesprochen: Während es in technischen Berufen noch verhältnismäßig viel Geld gibt, sieht es vor allem im sozialen Bereich trotz der hohen gesellschaftlichen Bedeutung deutlich schlechter aus. Es ist weiterhin problematisch, dass einige Menschen durch Hartz 4 und drohende Sanktionen gezwungen sind, unter schlechten Bedingungen zu arbeiten, so dass sich prekäre Arbeitsverhältnisse halten können.

Insgesamt war es ein sehr spannender Diskussionsabend, der bestehende Missstände, aber auch mögliche Lösungsansätze aufgezeigt hat. Diese können wichtige Impulse geben für eine erfolgreiche sozialdemokratische Politik.

Bericht zur Landesvertreter*innenversammlung 2021

Von Nils Dörrer

Wer am 13. März bei der Landesvertreter*innenversammlung dabei war, der weiß, wie sturmerprobt die SPD tatsächlich ist, gerade unser Philipp Dees hat das als Sitzungsleiter bewiesen und sich nicht vom Sturm Luis vertreiben lassen. So hat eine LVV noch nie stattgefunden, - in einem Fußballstadion – bei frischen Temperaturen.
Für den UB Erlangen waren unsere MdB Martina Stamm-Fibich, die Geschäftsstellenleitung des UB Erlangen, Martina Haase und Nils Dörrer vor Ort.

Im Vorfeld wurden wir bei der Vorbesprechung über die Listenaufstellung informiert, Carsten Träger (Bezirksvorsitzender Mittelfranken) formte ein Bündnis mit vier weiteren Bezirken, um die ausgehandelten Listenplätze zu sichern. Am Verhandlungsergebnis gab es noch Änderungen durch den Landesvorstand zu Gunsten der zwei nicht-verbündeten Bezirke. Bei Platz 8 kam es zur ersten Kampfabstimmung, Gabriela Heinrich (Nürnberg Nord) wurde von Ulrike Bahr (Schwaben) angegriffen, weil der Bezirk Schwaben nicht Teil des Bündnisses war. Gabriela gewann mit 75:54.
Hier zeigte sich: Das Bündnis ist nicht vereint, es war aus unserer Sicht mit 111 Stimmen für Gabriela gerechnet worden.
Die Landesgruppe im Bundestag besteht mehrheitlich aus Frauen, deswegen waren die Frauen-Listenplätze umso umkämpfter.
Die nächste Kampfkandidatur folgte prompt auf Platz 10, Sabine Dittmar (Unterfranken) griff Claudia Tausend (Oberbayern) an. Eigentlich gab es zwi-

schen beiden Bezirken Absprachen, hier zeigte sich große Uneinigkeit, Tausend verteidigte ihren Platz mit 85:48.

Wir befürchteten weitere Kampfabstimmungen um die Frauenplätze, diese blieben erstmal aus, bis Platz 16 aufgerufen wurde. Auf der Vorschlagsliste war hier Ulrike Bahr zu finden. Das Bündnis hatte sich zuvor darauf geeinigt, diesen Platz für unsere Martina zu gewinnen. Also griff Mittelfranken an. Niemand von uns hatte mit einem solchen Ergebnis der Abstimmung gerechnet: 97:35 für Bahr. Bei 21 anwesenden Mittelfränk*innen musste das bedeuten, dass wir viele unserer Verbündeten verloren hatten.
Auch um Platz 17 kam es zur Kampfabstimmung, diesmal zwischen Jörg Nürnberger (Oberfranken) und Johannes Schätzel (Niederbayern), der junge Johannes Schätzel schaffte es mit 62:66 Stimmen Jörg Nürnberger von seinem Platz zu verdrängen.
Es folgte die letzte Kampfabstimmung: Martina´s 18. Platz wurde von Bela Bach angegriffen. Bach hatte ihre Kampfabstimmung zuvor im Bezirk Oberbayern gegen Carmen Wegge verloren. Daraufhin hatte sie sich im Bezirksparteiteitag uneinsichtig verabschiedet. Ähnlich erging es dem Krawallmacher Florian von Post, auch er unterlag im Bezirk Oberbayern. Daraufhin hatte er sich allerdings von der SPD distanziert (schaut mal ins Internet), während Bela Bach an der LVV teilnahm. Für unsere Delegation war klar, dass Martina`s Platz sicher war, dennoch konnte Bela Bach 47 Stimmen auf sich vereinen. Martina gewann mit 83:47. Damit war die letzte Kampfabstimmung entschieden, der Rest der Landesliste war nicht mehr umstritten.

Die Ergebnisse der Kampfabstimmungen werfen Fragen auf. Die für uns wichtigste Frage ist:
Warum hatte Martina nicht genug Unterstützung, um Platz 16 zu erringen?

Vergleicht man die beschlossene Liste mit der vom Landesvorstand vorgelegten Liste, so ergibt sich eine einzige Abweichung: Jörg Nürnberger und Johannes Schätzel haben Plätze getauscht.
Die Delegierten sind bei vielen Abstimmungen mehrheitlich dem Votum des Landesvorstandes gefolgt, das Bündnis hat an der für uns entscheidenden Stelle (Kampfabstimmung um Platz 16) nicht gehalten.

Das Ergebnis zeigt, dass wir langfristig Einiges überdenken müssen:
Sind Bündnisse, die im kleinen Kreis entstanden sind, weiterhin tragfähig?
Können wir ein Verfahren finden, das zu einem fairen Wettbewerb führt, der über politische Inhalte geführt wird?

Für das SPD-Wahlergebnis könnten die Zeichen aber momentan viel schlechter sein, denn bei dieser Bundestagswahl hat die SPD einiges anders gemacht. Unser Kandidat, Olaf Scholz steht jetzt schon seit August fest und auch der Programmentwurf ist fertig. auch die öffentliche Kommunikation über die Sozialen Netzwerke ist viel besser geworden (#sozialePolitikfürDich). Während die Union sich die Taschen vollstopft und weder ein Programm noch einen Kandidaten hat. Ihre Umfragewerte sinken und wir konnten in BaWü am 14. März sogar 10 % holen. Malu Dreier lag Monate lang abgeschlagen hinter der CDU, am Wahltag konnte sie ihre 36 % halten, die Ampel im Rheinland-Pfalz kann weitermachen. Das ist ein gutes Signal für den Bund. Die SPD kann noch Wahlen gewinnen. Auch Mehrheiten jenseits der Union sind möglich, dazu fehlen nach aktuellen Umfragen nur ein paar wenige Prozent.

Es gilt die nächsten Monate für Martina zu kämpfen, wenn wir mehr als 18 % im Bund holen, ist Martinas Platz gesichert, dafür fehlen uns nach aktuellen Umfragen nur noch 1 %. Im jetzigen Bundestag sitzen (bzw. bis zu Beginn der Maskenaffäre) 98 Abgeordnete aus Bayern, wenn wieder ähnlich viele Überhangmandate durch die CSU erzielt werden, käme das der Bayern-SPD in Form von Ausgleichsmandaten zugute, damit wäre Martina im Bundestag.

Unterstützung bei der Plakatierung

Liebe Genossinnen und Genossen,

wie schon in den vergangenen Wahlkämpfen brauchen wir auch anlässlich der anstehenden Bundestagswahl die Unterstützung vieler Freiwilliger.

Hast du Zeit und Lust, um uns beim plakatieren zu helfen? Melde dich bitte in der Kreisgeschäftsstelle unter der 09131 812 6522 oder buero@spd-erlangen.de. Vielen Dank!

Unsere Wohnungspolitik wirkt!

Von Redaktion Rathaustelegramm

Zum Sozial- und Gesundheitsausschuss im April hat das Sozialamt einen Bericht zum geförderten Wohnungsbau vorgelegt. Aus diesem wird deutlich:
Die Wohnungspolitik von Florian Janik und der SPD wirkt! Denn anders als bundesweit, wo die Zahl der geförderten Wohnungen seit Jahren sinkt, steigt sie in Erlangen seit 2017 wieder an – obwohl natürlich auch hier aufgrund der Förderbedingungen jedes Jahr Wohnungen aus der Sozialbindung fallen. Mittlerweile liegt die Zahl der geförderten Wohnungen in Erlangen wieder bei 3.328, nach dem Tiefstand von 2.922 aus dem Jahr 2016: Ein plus von knapp 14 Prozent.
Auch in den nächsten Jahren wird der Trend anhalten: Derzeit sind 697 weitere geförderte Wohnungen im Bau oder konkret geplant.

Trotzdem bleibt die Lage auf dem Erlanger Wohnungsmarkt angespannt: Die Zahl der offenen Wohnungsanträge ist zwar seit 2017 gesunken und die Zahl der Vermittlungen gestiegen. Trotzdem waren Ende 2020 noch 1.166 Wohnungsanträge für gut 2.500 Menschen offen. Deshalb, und weil auch in den nächsten Jahren Wohnungen aus der Bindung fallen werden, muss die Wohnungsbauoffensive und das konsequente Einfordern von geförderten Wohnungen weitergehen.

Die Trendwende ist durch klare Entscheidungen gelungen: 2014 wurde die Quote für geförderten Wohnungsbau eingeführt; seither muss bei den meisten Neubauprojekten ein fester Anteil von geförderten Wohnungen (derzeit 30 Prozent) gebaut werden. Zweiter wesentlicher Baustein ist die Neubauoffensive bei der städtischen Gewobau, die 88 Prozent aller geförderten Wohnungen besitzt. Und als drittes wirkt, dass die Stadt bei Flächen, die sie selbst für Wohnungsbau verkauft, noch striktere Vorgaben als die Sozialwohnungsquote über bezahlbare Wohnungen macht:
Teilweise ein größerer Anteil an geförderten Wohnungen, aber auch Mietvorgaben und ein Verbot der Umwandlung in Eigentumswohnungen, die im Kaufvertrag festgeschrieben werden.

Der Busverkehr in der Innenstadt wird kostenlos!

Von Redaktion Rathaustelegramm

Ab dem 1.1.2022 wird Busfahren in der Innenstadt nichts mehr kosten.
Damit ist Florian Janik ein riesiger Verhandlungserfolg im VGN gelungen. Denn der kostenlose Innenstadt-ÖPNV erleichtert nun die Schritte zur Verkehrsentlastung in der Innenstadt und damit zur Stärkung der Lebensqualität und Attraktivität der Innenstadt. So können Menschen, die mit Bus oder Bahn in die Stadt kommen, sich während der ganzen Zeit, die sie dort sind, mit den Bussen bewegen. Dies betrifft z.B. Besucher*innen am Universitätsklinikum, die nach oder vor dem Besuch noch in der Stadt einkaufen möchten. Ebenso kann denjenigen, die mit dem Auto nach Erlangen kommen nun nachdrücklicher empfohlen werden, auf dem Großparkplatz zu parken und von dort dann kostenlos mit dem Bus zu ihrem Ziel in der Innenstadt zu fahren. Damit wird die Innenstadt vom Parksuchverkehr entlastet.

Verstärkt wird der Effekt des kostenlosen ÖPNV in der Innenstadt durch die Kliniklinie, die bereits seit Anfang 2021 den Großparkplatz im 10-Minuten-Takt mit den Universitätskliniken verbindet. Sowohl die Klinikbesucher*innen und -mitarbeiter*innen, die mit dem Auto kommen und am Großparkplatz parken, als auch die, die mit der Bahn oder den Umlandbussen kommen, können so zügig und nun kostenlos zum Klinikum gelangen. Und 2023 soll die Klinik-Linie zur City-Linie werden und dann auch weitere Teile der Innenstadt mit dem Großparkplatz verbinden.

Der kostenlose ÖPNV in der Innenstadt ist Teil eines Gesamt-Tarifpakets im VGN. Bei diesem hat man sich auch darauf geeinigt, dass die VGN-Tarife künftig wieder jährlich nach einem Preisindex, der die Kostensteigerungen im ÖPNV misst, angepasst werden. Die letzten beiden Jahre waren diese regelmäßigen Erhöhungen, unter anderem wegen der Corona-Pandemie, ausgesetzt worden.

Erste Eindrücke aus dem Stadtrat

Redaktion Rathaustelegramm

In dieser Ausgabe wollen wir Andreas Bammes, den sportpolitischen Sprecher der SPD-Stadtratsfraktion vorstellen, der für die langjährige SPD-Stadträtin und frühere Zweite Bürgermeisterin Gisela Niclas in den Stadtrat nachgerückt ist.

Wie kam es zum politischen Engagement?

Ich habe mich bereits in jungen Jahren für Politik interessiert. Angefangen hat dies mit dem täglichen Schauen der Tagesschau und langen Diskussionen am Esstisch mit meiner Familie. Als ich dann in der 11. Klasse war, kam unser Oberbürgermeister Dr. Florian Janik zu einer Fragerunde für uns Schüler an meine Schule. Da ein Freund von mir bereits der Erlanger SPD beigetreten war und ich ebenfalls mit einer Parteimitgliedschaft liebäugelte, trug diese Veranstaltung dazu bei mich ebenfalls für ein rotes Parteibuch zu entscheiden.

Anschließend war ich unter anderem überwiegend mit meinem Distrikt in Kontakt, wo mich der Vorsitzende - Rolf Schowalter – im Januar 2019 angesprochen hatte, ob ich mir vorstellen könnte, bei den Kommunalwahlen zu kandidieren. Nach zwei Nächten drüber schlafen, willigte ich ein und bereue diese Entscheidung seither nicht. In einem ambitionierten Wahlkampf habe ich viel gelernt, viel diskutiert und viel auf meinen weiteren Weg mitgenommen. Und nachdem ich im Februar bereits nachgerückt bin, freue ich mich mein Mandat als Stadtrat nun wahrzunehmen.

Wie waren deine ersten Eindrücke zur Stadtratsarbeit?

Ich habe zunächst gemerkt, dass zur Stadtratsarbeit sehr viel lesen gehört. Man bekommt unglaublich schnell eine sehr große Anzahl an Informationen. Schwieriger gestaltet sich natürlich derzeit das Kontakte knüpfen, bspw. mit Vereinsfunktionären, was insbesondere in meiner Funktion als Sprecher für Sport unabdingbar ist. Ich freue mich deshalb umso mehr, wenn in unser aller Leben wieder etwas mehr Normalität einkehrt und vor allem auch Mannschaftssport und Gruppentraining wieder möglich ist. Ich denke, hier muss dann ein besonderes Auge darauf geworfen werden, wie man den Vereinssport in gleichem Ausmaß wie vor der Pandemie realisieren kann. Es wird sicher eine spannende Zeit!

Was sind deine persönlichen Ziele in der Politik?

Als Sprecher für Sport und in meiner Freizeit engagiertes Vereinsmitglied und Triathlet liegt mir natürlich vor allem die Förderung des Erlanger Sports und die zugehörige Unterstützung der Erlanger Sportvereine am Herzen. Bewegung ist für uns alle wichtig, hält fit und gesund. Umso wichtiger ist diese noch im Kinder- und Jugendbereich, weshalb ich hierauf in meiner Stadtratstätigkeit ein besonders wohlwollendes Auge haben werde. Wie eben schon angesprochen werden es denke ich für alle Sportvereine auch künftig pandemiebedingt keine leichten Zeiten. Schwindende Mitgliederzahlen und Einnahmen stellen hier viele vor Probleme. Mein Ziel ist es deshalb, für die Erlanger das Sporttreiben weiterhin attraktiv zu

Stadtratsfraktion: Information und Austausch in Corona-Zeiten

Angesichts der immer längeren Pandemiezeit bieten wir euch eine regelmäßige **„digitale Sprechstunde“** an.

Der nächste Termin wird der **17.5.2021** sein. Wir treffen uns **17 - 18 Uhr online**. Bitte meldet euch auch dafür bis zum **17.5., 12 Uhr** bei Katja im Fraktionsbüro an, um den Link zu erhalten.

Außerdem ermöglichen wir ab sofort auch wieder den Genossinnen und Genossen des Kreisverbands eine Teilnahme an unseren Fraktionssitzungen (mit Ausnahme nicht-öffentlicher Punkte). Die Sitzungen finden (außerhalb der Schulferien) in der Regel jeden Montag um 19:00 bzw. 19:30 statt, derzeit ausschließlich per Videokonferenz. Wenn ihr an einer Sitzung teilnehmen möchtet, ist eine **Anmeldung bis jeweils montags, 12 Uhr** im Fraktionsbüro bei Katja möglich. Ihr erhaltet dann die Tagesordnung und den Zugangslink. Wenn ihr vorab Punkte habt, die ihr gerne ansprechen möchtet, dann meldet sie bitte mit eurer Anmeldung an, damit wir sie in der Tagesordnung berücksichtigen können.

Barbara Pfister
Fraktionsvorsitzende
barbara.pfister@fen-net.de
Tel. 502481

Katja Rabold-Knitter
Geschäftsführerin
spd.fraktion@stadt.erlangen.de

gestalten und als Rennradfahrer insbesondere die Fahrradbegeisterung dieser Stadt weiter aufrechtzuerhalten und zu unterstützen. In diesem Sinne freue ich mich vor allem auf die Deutschlandtour, welche Ende August einen Stopp in unserer Stadt machen wird.

BayernSPD wählt Doppelspitze – Ronja Endres und Florian von Brunn führen gemeinsam die BayernSPD

Auf ihrem digitalen 72. Landesparteitag wählten die Delegierten der BayernSPD Ronja Endres und Florian von Brunn als Doppelspitze zu ihren neuen Vorsitzenden. Zu ihrem Generalsekretär macht das Duo den Landtagsabgeordneten Arif Tasdelen. Von Brunn und Endres wollen jetzt zügig ihre Vision einer kraftvollen BayernSPD in die Tat umsetzen.

Das frischgewählte Spitzenduo stellt klar: „Corona hat die Defizite im Bereich Bildungsgerechtigkeit und in der Pflege massiv verschärft, hier müssen wir als bayerische SPD an vorderster Front für Chancengleichheit und angemessene Arbeitsbedingungen kämpfen.“ Florian von Brunn: Wir wollen jetzt zeigen, dass wir als SPD für die Menschen in Bayern da sind, dass wir uns um ihre Anliegen kümmern werden, an jeden einzelnen Tag. Egal ob in der Stadt oder auf dem Land. Wir tragen nicht umsonst das S für Sozial in unserem Namen. Ronja Endres: „Wir stehen zum Beispiel für einen engagierten, aber sozial gerechten Klimaschutz, der gut bezahlte Industriearbeitsplätze erhält und Normalverdiener nicht über Gebühr belastet. Ich danke unseren Delegierten deshalb für das große Vertrauen, jetzt wollen wir unsere Ideen zügig umsetzen und den Neustart der Sozialdemokratie in Bayern mit voller Kraft angehen.“

Auch die Ämter der Stellvertreter (Marietta Eder, Matthias Dornhuber) und des Schatzmeisters (Florian Ritter, MdL) wurden auf dem Parteitag neu vergeben sowie ein neuer, verschlankter Landesvorstand mit 16 Mitgliedern gewählt. Die Delegierten verabschiedeten neben der scheidenden Landesvorsitzenden Natascha Kohnen auch ihren langjährigen Schatzmeister Thomas Goger. Der bisherige Generalsekretär Uli Grötsch und aktuelle Spitzenkandidat für die Bundestagswahl unterlag in der Wahl zum Landesvorsitzenden und scheidet nun ebenfalls aus der Führungsriege der BayernSPD. Mit dem Ja zum Organisationspolitischen Leitantrag macht die Partei den Weg für wichtige parteiinterne Reformen frei, die die Basis stärken und die Parteiarbeit erleichtern sollen. In ihrer Abschlussansprache stellten die neuen Vorsitzenden die Weichen für die nahende Bundestagswahl: „Jetzt lasst uns anpacken, wir wollen ein starkes Ergebnis für unseren Kanzlerkandidaten Olaf Scholz holen“.

AK gegen Rechts

Erste Sitzung des AK gegen Rechts am 24.03.2021

Claudia Butt & Munib Agha

Am 24.03.2021 tagte erstmals nach langer Pause wieder der Arbeitskreis (AK) gegen rechts der SPD Erlangen in einer Videokonferenz. Mit den Teilnehmenden wurden organisatorische Fragen geklärt sowie Absprachen bzgl. der Arbeitsweise, der Zielgruppe und erster Themen für die gemeinsame Aktivität getroffen.

Organisation:

- Zu den Treffen wird über den Mailverteiler der Partei eingeladen
- Der AK steht allen Parteimitgliedern offen
- Aktuell werden Dokumente u.ä. über einen Mailverteiler weitergegeben (bei Interesse bitte über Munib Agha aufnehmen lassen)
- Die vorläufige organisatorische Leitung übernehmen Claudia Butt und Munib Agha
- Für die interne Kommunikation soll eine Signal-Gruppe eingerichtet werden

Arbeitsweise:

- Ziel ist die Bildung der Mitglieder des Arbeitskreises zu allem Themen, die mit der Gefährdung des demokratischen Systems von rechts assoziiert sind
- Der AK möchte nach außen wirken, durch Artikel im Monatsspiegel, Beiträge in der KMV, Organisation von öffentlichen Vorträgen etc.
- Jede Sitzung wird sich mit einem Schwerpunktthema beschäftigen und darüber hinaus Raum für Diskussionen bieten

Inhalte

- Aufklärung über Wirkungsweise und Auswirkungen von Verschwörungsmythen
- Informationen über die Aktivitäten von Rechtsextremisten, Burschenschaften und AfD in Erlangen sammeln und bewerten
- Analysieren der Wahlergebnisse rechter Parteien in ER und ERH
- Beschäftigung mit dem Demokratiefördergesetz und dem Maßnahmenkatalog des Kabinettausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus

Nächster Termine

- 05.05.2021 um 19.30 Uhr

Wir beschäftigen uns mit der Frage, wie man sich im Umgang mit Verschwörungsgläubigen verhalten kann. Es geht um die Erstellung von Ratschlägen für die Partei, für den Wahlkampf, für private Begegnungen und den Diskurs in den Sozialen Medien.

- Einladung erfolgt über SPD-Mailverteiler
- Teilnahme ist unter folgendem Link möglich:

https://meet.spd.tools/AKgegenRechts

Aus dem Bauch gesprochen:

Identitäten durch identitäre Zuordnung? ... und was die Intention damit zu tun hat.

Oder in einfacher Sprache: mir san mir - und alle müssen Beifall klatschen

Von Monika Fath-Kelling

Nachfolgendes kann jede Menge Ironie und schwarzen Humor beinhalten:

Du hast Lust dich mal so richtig an die prekäre Grenze von Vernunft und Verrücktheit heranzutasten? Dann lass uns spaßeshalber einmal das „Identitätsspiel“ spielen.

Wobei schon „spaßeshalber“ in identitärem Zusammenhang als moralisch heikel konnotiert ist, denn ob es bei Rücksicht auf die persönliche Psychohygiene noch erlaubt sein soll, herzhaft und unverschämt über sich selber und die conditio humana zu lachen, ist unter Moralapostellinnen und Aposteln heftigst umstritten. Immerhin würde hier die eigene Kultur und „Identität“ mit diesem galligen Humor womöglich „beschmutzt“. Und das könnte unter Umständen das Autoaggressionspotential steigern und damit den Wert der eigenen Identität schmälern! In der Folge

könnte sich sodann eine falsch-logische Denkkaskade ergeben, die auf die fatale Schlussfolgerung hinausläuft, es gäbe nur so etwas wie eine ganz allgemeine menschliche Art...
Nein, nein, there is no such thing as conditio humana, sondern viele bunte Identitäten. Wird behauptet. Nur, so betrachtet, würde ja sogar die Ordnung und Klassifizierung aller Lebensformen aus der Biologie strikt auf „rassistische Strukturen“ hinauslaufen: (Unterklasse: höhere Säugetiere, Ordnung: Primaten, Unterfamilie: Homininae, Gattung: Homo, Art: Homo sapiens, Unterarten über homo sapiens sapiens, homo oeconomicus bis zu homo deus.)
Ob homo deus als eine menschliche Rasse zu bezeichnen wäre, so wie „Pudel“ als Hunderasse bezeichnet wird??? Das sollten bitte Expert*innen entscheiden...(dass homo oeconomicus eine wirtschaftstheoretische These und homo deus ein Buchtitel ist, ist mir bekannt, das soll ein Witz sein...)
Aber jetzt zu den „Spielregeln“, sonst gerät der ironische Warnhinweis ja länger als die ganze Kolumne.

Ihr braucht bloß Zettel und Stift, dann kann es auch schon losgehen...Das Spiel funktioniert allein als Patience, am besten aber in bis zu stammtischgroßen Runden. Als Kristallisationspunkt taugt so ziemlich alles, ein altes Klassenfoto vom Schulfasching (ja, sowas gab‘s früher einmal...) über Zeitungsausrisse, oder - auch richtig prima - einfach Wörter.
Vielleicht das schöne Wort „nachempfinden“. Nun hat jeder 3 Minuten Zeit, um eine identitäre Aufregergeschichte drumherum zu ersinnen. Bei diesem Wort stand, um beim Beispiel zu bleiben, auf meinem Zettel:

nachempfinden
sich einfühlen – Inklusion – Integration
nachahmen – Patent – Monopol – Urheberrecht
nachlesen – darf noch gelernt werden?
...
Aus jeder dieser frei-assoziierten Zeilen ließen sich mühelos mehrere identitäre Aufreger-Geschichten und Fallstudien zu cancel culture erfinden, die dann zur Diskussion gestellt und gemeinsam ausgeschmückt werden. Selten so gelacht! Selten im Nachgang deprimierter gewesen...

Kommen wir zurück zur schnöden Wirklichkeit:
Weiße Autor*innen dürfen nicht die Gedichte einer farbigen Poetin übersetzen, weil sie keine „adäquate kulturelle Prägung“ vorweisen können. Da feuert mein Hirn sofort Fragen (die jedoch aus Sich der Initiatoren solcher Forderungen immer Sanktionen und moralische Schuldeingeständnisse nach sich ziehen müssen): ab welcher Verdünnung ist „farbig“ nicht mehr farbig, sondern wird als „weiß“ wahrgenommen? Nach der 3., 4., x. Generation? Auf Grund eigener Festlegung oder nach Augenschein? Zählt ein afrikanischer Albino dann als schwarze People-of-Colour oder als Weißer? Ein Weißer, der in Afrika aufgewachsen ist, hat der dann wenigstens genug kulturelle Prägung? Oder doch nicht?

Überhaupt Einwanderung. Muss nach den neuen identitären Kriterien ja wohl streng verboten werden, weil jeder Wunsch oder Versuch, sich in eine fremde Kultur zu integrieren, ein beleidigendes, übergriffiges und damit völlig inakzeptables Verhalten darstellt. Aber wir wollten doch eigentlich Einwanderung und Integration, Einleben in eine neue Heimat, oder etwa doch nicht?
Urlaub? Ab sofort nur unter strengsten Auflagen!?? Jeder Versuch in Kultur und Lebensart eines Gastlands einzutauchen, ist entwürdigendes Mimikry und damit Verhöhnung der Gastkultur. Noch dazu „zum Vergnügen“! Für deutsche Touristen also nur Kraut und Würstel, Engländer gebratener Speck und baked beans, Italiener Pasta. Basta! Und wehe ein Deutscher nascht am italienischen Kulturgut Pizza! Oder ist die gar nicht italienisch sondern amerikanisch??

Der Versuch sich einzufühlen in Menschen mit Handicap oder in kleine Menschen, die sich noch nicht adäquat artikulieren können? How dare you!?
Sich als Frau in die Rolle/Psyche/Lage eines Mannes einzufühlen, oder umgekehrt? Was für eine Anmaßung!?
Dürfen weiße cis-Menschen aus der Mehrheit überhaupt beleidigt sein, wenn ihre extravaganten „Bedürfnisse“ nicht von allen anderen umstandslos „begrüßt“ werden?
Wem gehören kulturelle Techniken, die sich unabhängig voneinander in mehreren Kulturkreisen entwickelt haben?

Wie Zöpfe: Dürfen Russinnen nur den klischeehaften Seitenzopf, die Schweizer Mädchen nur die zwei Zöpfe mit Mittelscheitel, die Rastas nur dreadlocks als kulturell adäquate Haartracht für sich reklamieren?
Den Dutt auch für Tänzer*innen oder nur für Frauen Ü70, weil Omas in Kinderbüchern so auszusehen pflegen? Müsste es People-of-Colour dann strikt verboten werden klassisches Ballett zu tanzen, das „Yoga des Westens“? Und diskriminiert dann überhaupt die Ballettdirektor*in dunkelhäutige Ballerinen, wenn sie diese nicht als weiße Schwäne besetzt? Anmalen ist ja schließlich auch keine Lösung, siehe blackfacing...

Also alle künstlerischen Sujets, die PoC enthalten, radikal aus dem Spielplan? Kein Othello, keine Aida, kein Land des Lächelns mehr?? Ihr merkt schon: da steckt Dauererrektion drin, das ist alles in seiner ultimativen Widersprüchlichkeit so etwas wie „Wahnsinn in Tüten“! (An dieser Stelle nun jeder Sarkasmus, jede Ironie: aus)

Wem wird das Gefühl „Opfer“ zu sein, zugestanden? Gibt es mehrere „Ebenen“ von Opfer sein? Die Königsklasse ist dann der staatlich garantierte „Opferstatus mit Entschädigungsanspruch“??
NEIN! Und nochmals NEIN!
Diese identitären „Ansprüche“ sind Machtspielchen in Reinform, um die Deutungshoheit über allgemein gebräuchliche Begriffe zu erzwingen, die der allgemeinen Sprach- und Gesellschaftsentwicklung unterliegen sollten. Kolonisierung der Sprache, Sitten, Gewohnheiten mit der Brechstange.

Wer solchen Bullshit ernst nehmen möchte? Gern, nur zu, aber ich klatsche keinen Beifall.
Und zwingen, solch hahnebüchenen Unsinn mitzumachen, kann mich der größte shitstorm aller Zeiten nicht.
„F... yourself“*

*(Finde dich selbst und werde glücklich. If you can..) - Oder hatte gerade jemand an was anderes gedacht?

Du hast Anregungen zu diesem Artikel oder es besteht der Bedarf zu einer Diskussion? Sende eine Mail an monatsspiegel@spd-erlangen.de

Bürgerrat Klima startet durch

Von Martina Stamm-Fibich

Befürwortet den Bürgerrat Klima als direkte Beteiligung der Bevölkerung am politischen Entscheidungsprozess: MdB Martina Stammm-Fibich.
Foto: Editorial247.com

„Wie gestalten wir Klimapolitik: Gut für uns, gut für unsere Umwelt und gut für unser Land?“ Das will der erste Bürgerrat Klima herausfinden und Lösungen für die Klimakrise erarbeiten. Ab Ende April 2021 tagen deshalb 160 zufällig ausgeloste Bürgerinnen und Bürger und beraten gemeinsam, wie Deutschland die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens noch erreichen kann – unter Berücksichtigung gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und ökologischer Gesichtspunkte. Die Weichenstellungen in der Klimafrage müssen von allen mitgetragen werden. Dabei werden sie von Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft informiert.

Das Ergebnis: Ein Katalog mit Empfehlungen an die Politik, der vor den Wahlen allen Parteien übergeben wird mit der Aufforderung, die Empfehlungen zu prüfen und sich für ihre Umsetzung in der kommenden Legislaturperiode einzusetzen. Weitere Informationen zum Bürgerrat Klima finden sich hier:
www.buergerrat-klima.de
Ein sehr wichtiges Projekt, wie ich finde, dass Politik und Bürgerinnen und Bürger näher zusammenbringt und gleichzeitig Lösungen für die drängendsten Probleme unserer Zeit erarbeitet.

Erfahrungen aus und mit dem allerersten Bürgerrat vor anderthalb Jahren schildert Frau Dr. Brill aus Erlangen, die als Teilnehmerin dabei war.

Wie bewerten Sie die Ergebnisse des ersten Bürgerrates 1,5 Jahre nach Ihrer Teilnahme?

Auch heute noch stehe ich voll hinter den verabschiedeten Ergebnissen des ersten Bürgerrats, insbesondere, dass unsere parlamentarische-repräsentative Demokratie durch Elemente der Bürgerbeteiligung ergänzt werden muss, wenn unsere Demokratie eine wirkmächtige Zukunft haben soll.

Wurden die Ergebnisse des ersten Bürgerrates bislang öffentlich diskutiert oder sogar umgesetzt?

Dass bereits ein zweiter Bürgerrat getagt hat, der diesmal durch den Bundestag zum Thema „Deutschlands Rolle und der Welt“ angefragt worden war, sehe ich als einen ersten Meilenstein in der Umsetzung der Empfehlungen des ersten Bürgerrats in Leipzig. Insbesondere, dass der Bundestag diesem Format eine Chance und einen Auftrag gegeben hat, zeigt mir, dass auch die Parlamentarier und hier insbesondere Herr Schäuble, der ja die Ergebnisse in den Bundestag übermittelt hat und ein starker Fürsprecher für den Bürgerrat ist und war, die Notwendigkeit für mehr Bürgerbeteiligung an gesamtgesellschaftlichen Entscheidungsprozessen erkannt haben.

Was könnte am Bürgerrat verbessert werden?

Ich finde die repräsentative Auswahl an Bürgern entscheidend und ich glaube fest daran, dass es auch bei zukünftigen Bürgerräten ein wachsendes Interesse der eingeladenen Bürger geben wird, sich zu beteiligen, um für die Gemeinschaft einen Dienst zu leisten. Ich glaube, dass es eine Bereicherung war, in diesem Jahr das Onlineformat erproben zu „müssen“, weil dadurch die Teilnahmehürden noch niederschwelliger wurden.

Die Experten-Referate sind ein unabdingbarer Baustein, um allen Bürgerräten das entsprechende Hintergrundwissen zu vermitteln, aus dem sich dann eine Empfehlung formen kann. Die Auswahl der Experten ist dabei ein vulnerabler Punkt.

Sehen Sie Potenzial darin, dass die Bürgerräte sich auf einzelne Themen, wie z.B. den Klimawandel konzentrieren?

Ein Bürgerrat, der ja nicht „kostenneutral“ ist, sollte immer dann einberufen werden, wenn es um Themen geht, die eine hohe gesellschaftliche Sprengkraft besitzen und zu denen es festgefahrene Fronten gibt. In solchen Fällen – so ist jedenfalls meine Wahrnehmung – tendieren die gewählten Parlamentarier dazu, keine substanziellen Entscheidungen zu treffen, weil die Furcht vor Missbilligung größerer Gesellschaftsgruppen das Eingehen eines Wagnisses verhindert.

Wenn es dann einen Bürgerrat gibt, der durch umfassende Experteninformationen und Beratung untereinander zu unbequemen Entscheidungen rät, haben auch die gewählten Parlamentarier eine fundierte Entscheidungshilfe.

Im besten Falle können im Rahmen eines Volksentscheids die Empfehlungen eines Bürgerrats als Informationsgrundlage allen Bürgern zugänglich gemacht werden.

Würden Sie der Aussage zustimmen, dass Bürgerräte jetzt noch notwendiger sind als vor 1,5 Jahren, was die Formulierung von Vorschlägen und Ideen aus der Gesellschaft an die Politik betrifft?

Die Veränderung von gesellschaftlichen Strukturen beschleunigt sich rasant und ebenso die Ausrichtung der Menschen an kollektiven Werten. Trotzdem glaube ich, dass die Menschen, um sinnerfüllt leben zu können, sich an individuellen Werten orientieren müssen, die nicht von Werbung und Kommunikationsmedien vorgekaut werden. Damit Staatsfrauen und Staatsmänner ein Gespür dafür bekommen, wohin sie das Staatsschiff im Sinne ihrer Bürger lenken sollen, sind Bürgerräte und andere Beteiligungsformate bei grundsätzlichen Fragestellungen heute wichtiger denn je.

Denken Sie, dass die Bürgerräte eine Zukunft haben (sollten)?

Wenn unsere Demokratie eine Zukunft haben soll, sind Bürgerräte ein Lebenselixier für die Meisterung von gesellschaftliche Herausforderungen.

Haben Sie Tipps für die Bürgerinnen und Bürger, die zukünftig an Bürgerräten teilnehmen werden?

Um es mal ganz persönlich zu sagen: Du bist wichtig! Egal welches Alter, welches Einkommen oder welcher Bildungsstand: Deine Fähigkeit, bisher unbekannte Sachverhalte aufzunehmen und andere Meinungen anzuhören, diese Informationen in einen Zusammenhang mit Deinen persönlichen Werten zu bringen und daraus im Dialog mit anderen Handlungsempfehlungen zu formulieren, das ist ein kreativer Prozess, für den deine Einzigartigkeit gebraucht wird.

Teilnehmerin des ersten Bürgerrats Klima: Frau Dr. Brill aus Erlangen
Foto: privat

Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:
- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten
- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:
Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir laden euch herzlich ein zu unserer Distriktversammlung

am Mittwoch, am 12.05.2021, um 19:00 Uhr via Jitsi ein.

(Infos zum Einwahlverfahren kommen per Mail)

Tagesordnung (Vorschlag):

1) Aktuelles.
2) Vorstellung des Kandidaten für den SPD-Vorsitz des Kreisverbandes Volker Lang
3) Bericht aus Fraktion und Stadtrat
4) Die Kommunikationsmöglichkeiten des Roten Netzes und unseres Distriktraumes.
5) Hauptthema noch offen.
6) Verschiedenes.

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Protokoll der Distrikt-Jahreshauptversammlung vom 14.04.2021 in Tennenlohe

Top1: Aktuelles
Die letzte Ortbeiratssitzung, die am 8. April als Online-Veranstaltung stattfand, wurde vom Vorsitzenden Rolf Schowalter souverän geleitet. Die Punkte umfassten die STUB Trassenführung, die Errichtung eines Toilettenhäuschen am Festplatz, das Programm Klimabudget und weitere Themen. Rolf bedauert, dass das Projekt „koko&lore“ trotz vorgelegter Finanzplanung und Programmgestaltung von unserer Fraktion bisher auf Eis gelegt worden ist. Notwendig wird jetzt der Gang durch alle Fraktionen sein.

Top2: Bericht aus dem Stadtrat
Entfällt, da Andreas Bammes nicht an der Veranstaltung teilnehmen kann.

Top3: Wahlprogramm der Bundes SPD
Gert stellt in Kürze das Wahlprogramm der Bundes-SPD vor. Das Programm ist in vier Schwerpunktthemen aufgeteilt:
- Klimaneutralität in Deutschland bis 2050
- Mobilität und Verkehrswende, Ausbau des ÖPNV, Tempolimit
- Digitalisierung der Gesellschaft, Glasfaserausbau,
- Neue Gesundheitspolitik, Einführung einer Bürgerversicherung

Der Distrikt diskutiert kurz über die Punkte. Auch wenn diese wichtig sind für die Zukunft Deutschlands, so fehlt uns doch eine deutlichere Forderung nach sozialer Gerechtigkeit. Die Forderungen nach Verteilung von Reichtum von oben nach unten, respektive nach einem wesentlich höheren Mindestlohn, nach bezahlbaren Wohnungen etc. geraten etwas ins Hintertreffen. Immerhin sind die ersten Schritte nach Abkehr von Hartz IV vollzogen. Die Schwerpunkte des Programmes sollen im nächsten Tennenloher Boten vorgestellt werden.

Hans Hauer

Distrikt Ost

Vorsitzender:
Munib Agha
munib_Agha@hotmail.com

Liebe Genoss:innen,

die nächste Distriktssitzung war für den 18. Mai angekündigt. Am Tag der Distriktssitzung war noch nicht abzusehen, dass zeitgleich eine Veranstaltung des Kreisverbands stattfinden wird. Der Termin der Distriktssitzung wird zeitnah per Mail angekündigt.

Solidarische Grüße

Munib

Sitzungsprotokoll vom 20.04.2021

Liebe Genossinnen und Genossen,
Am letzten Dienstag, 20.4. haben wir uns in einer digitalen Sitzung getroffen. Wir haben über die Punkte des Stadtteilbeirats Ost geredet, der die Woche vorher getagt hat.

Das Thema Müll war auch ein Teil der Information dazu.

Der Stadtteilbeirat lädt ein zum Müllsammeln Sieglitzhof am 8. Mai 2021, 15 Uhr Treffpunkt ggü. BMX Bahn und am 19.6.2021 im Röthelheim Treffpunkt 15 Uhr Parkplatz Tio Rustica.

Distrikt West

Vorsitzende:
Katrin Hurle
katrin9290@googlemail.com
Felizitas Traub-Eichhorn

Einwahldaten für WebEx

Kurz-URL zum Meeting:
https://bit.ly/2Po7lx3

Meeting-Kennnummer:
993 160 724

Passwort:
West2021

Telefonische Einwahl:
+493025993993

Zugriffscode:
993 160 724

Liebe Genossinnen und Genossen,

Unsere nächste Distriktsitzung findet am

Mittwoch, den 19.05.
um 20 Uhr
digital über WebEx

statt.
Die Einwahldaten seht ihr links, ihr erhaltet sie aber noch einmal gesondert per Mail.

Diesmal wird uns Tanja Stark-Kantar über das Projekt „die begleiter.“, ein Programm der Stadt Erlangen zur Vermittlung von Bildungspatenschaften, berichten. Die Bildungspat*innen unterstützen Erlanger Schüler*innen individuell bei schulischen Problemen und fördern deren Persönlichkeitsentwicklung.

Wir freuen uns wie immer über zahlreiche Teilnahme!

Solidarische Grüße,
Felizitas Traub-Eichhorn & Katrin Hurle

Digitales Treffen des Distrikts West am 24.03.2021

Diese Sitzung war ein Novum, denn sie fand gemeinsam statt mit dem Distrikt Süd. Das Thema war die Vorstellung der Kandidierenden für den Kreisvorsitz. Sandra Radue, Volker Lang und Munib Agha gaben zunächst persönliche Statements ab, danach wurden über eine Stunde lang viele interessierte Fragen gestellt. Den zweiten Teil des Abends gestalteten wir dann als Sitzung des Distrikts West. Katrin Hurle, Winfried Stein und Werner Krebs berichteten von der Stadtteilbeiratssitzung Alterlangen, die in der Zwischenzeit stattgefunden hatten. Die dort behandelten Themen waren die Querungshilfe in der Schallershofer Straße, die Betreuungssituation an der Hermann-Hedenus-Schule und ein Bauvorhaben in der Schlehenstraße, wo nachverdichtet wird, da auf dem Grund eines ehemaligen Einfamilienhauses nun drei Reihenhäuser entstehen sollen. Zu diesem Punkt wurde kontrovers diskutiert.

Distrikt Süd

Vorsitzender:
Andreas Richter
andreas.m.j.richter@web.de

Einwahldaten für Jitsi

https://meet.jit.si/SPDSued09062021

Telefonische Einwahl:
+1.512.647.1431

PIN:
1557373475#

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

unsere nächste virtuelle Distriktssitzung findet statt

am Mittwoch, den 09.06., 20 Uhr.

Es ist nicht nötig, sich die kostenlose Jitsi-App herunterzuladen. Aber damit geht es am besten. Ansonsten funktioniert der Browser Google Chrome sehr gut. Leider gibt es jedoch mit anderen Browsern Probleme.

Falls es bei Dir Probleme gehen sollte, kontaktiere uns gerne.

Vorgeschlagene Tagesordnung:

1. Stadtteilbeirat
2. Bericht aus dem Stadtrat
3. JHV 2021
4. Kassenstand
5. Diskussion über ein festzulegendes aktuelles politisches Thema
6. Sonstiges

Mit solidarischen Grüßen

Dr. Andreas Richter
Vorsitzender

Distrikt Frauenaurach

Vorsitzender:
Jens Schäfer
schaefer-jens@gmx.net

Liebe Genossinnen und Genossen,
Die nächste Sitzung findet als Onlineveranstaltung am

11.05. um 19:30 Uhr via Skype

statt.
Die Einwahl ist über diesen Link https://join.skype.com/AMOk148vOo1u aber auch über den beigefügten QR-Code möglich.

Für den Vorstand

Jens Schäfer

Sitzungsprotokoll vom 13.04.2021

1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
Der Vorsitzende Jens Schäfer begrüßt die anwesenden GenossInnen. Die Tagesordnung wird besprochen und genehmigt.

2. Vorstellung von Volker Lang als Kandidat für den Co-Vorsitz
Volker Lang stellt sich als Bewerber um den Co-Vorsitz vor. Anschließend werden verschiedene Fragen gestellt und über die Zukunft der Erlanger SPD diskutiert

3. Ortsbeiräte
Am 24.03 fand eine Online-Sitzung in Frauenaurach statt. Diese war mit etwa 30 „Zuschauern“ für das erste mal sehr gut besucht. Auch die Organisation hat super geklappt und das Format hat zumindest in Frauenaurach durchaus potential. Aus der Sitzung sind auch verschiedene Anträge wie z.B. zum Busverkehr und der Fußgängersituation im Ortskern hervor gegangen.

4. Sonstiges
Nächste Sitzungen sind 11.05 und 08.06 per Skype. Eine JHV ist für September geplant.

Für den Vorstand
Jens Schäfer

Jusos

Vorsitzende:
Felix Klingert
Sophia Waldmann

Liebe Jusos,

an folgenden Tagen treffen wir uns als Jusus und bereden folgende Themen:

- 11.05.: Thema wird noch bekannt gegeben
- 25.05.: Politik für Kinder: Missbrauchsprävention, Kindergrundsicherung

Aufgrund der pandemischen Lage finden die Sitzungen ausschließlich online statt. Weitere Infos und den Einwähl-Link geben wir natürlich über unseren Mailverteiler sowie über Slack bekannt. Kontaktiere uns, wenn du in den Verteiler oder bei Slack aufgenommen werden möchtest.

Für unsere Sitzungen hoffen wir trotz der immer angespannteren Lage wie immer auf eine rege Beteiligung sowie Diskussion.

Euer Vorstand

AK Sozialökologische Transformation

Sophia Waldmann
David Kaufmann
Munib Agha

Einwahldaten:

https://meet.spd.tools/AKSozTrafo

Liebe Genossinnen und Genossen,

der AK Sozialökologische Transformation trifft sich wieder digital

am Mittwoch, 26. Mai um 19:30 Uhr.

Themenschwerpunkt der Sitzung ist das 5. Kapitel von „Roadmap für Europas sozial-ökologische Wende“ der Autor*innengruppe „Green New Deal for Europe“ (https://report.gndforeurope.com/edition-de/), welches von Munib Agha vorgestellt wird.

Solidarische Grüße

Sophia Waldmann, David Kaufmann und Munib Agha

1. Mai 2021 ERLANGEN

!!ACHTUNG!!
Demonstration & Kundgebung wurden in den digitalen Raum verlegt.
Weitere Infos auf www.mittelfranken.dgb.de

HAUPTREDNER
JÜRGEN KERNER
Hauptkassierer der IG Metall

WEITERE BEITRÄGE

Wolfgang Niclas
Vorsitzender DGB Erlangen-Höchstadt

Dr. Florian Janik
Oberbürgermeister Stadt Erlangen

Und weitere Beiträge aus den Gewerkschaften

Änderungen entnehmen Sie bitte der Tagespresse oder www.mittelfranken.dgb.de

V.i.S.d.P.: Stephan Doll, DGB Region Mittelfranken, Kornmarkt 5-7, 90402 Nürnberg, Tel. 0911/2349166